

Antrag

der Abgeordneten Dr. Kirsten Tackmann, Karin Binder, Heidrun Bluhm, Caren Lay, Dr. Dietmar Bartsch, Herbert Behrens, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Kerstin Kassner, Katrin Kunert, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Birgit Menz, Hubertus Zdebel und der Fraktion DIE LINKE.

sowie der Abgeordneten Friedrich Ostendorff, Harald Ebner, Nicole Maisch, Markus Tressel, Bärbel Höhn, Steffi Lemke, Annalena Baerbock, Matthias Gastel, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Stephan Kühn (Dresden), Christian Kühn (Tübingen), Peter Meiwald, Dr. Julia Verlinden, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Milchmarkt stabilisieren – Milchkrise beenden

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Es gibt – nicht erst seit dem Wegfall der Milchquote – eine Krise am EU-Milchmarkt. Im Sommer 2015 spitzte sich diese Situation zu: Die Milchpreise sind im Tiefflug. Leidtragende sind vor allem die Milchbäuerinnen und -bauern, die mit den gezahlten Preisen noch nicht einmal die Kosten decken können, die ihnen bei der Herstellung entstehen. Gerade die Milchviehbetriebe, die sich kontinuierlich weiterentwickeln, umwelt- und tiergerechter produzieren wollen und beispielsweise in moderne Technik und Stallanlagen investieren, sind davon besonders betroffen. Sie müssen ihre Verbindlichkeiten begleichen.

Das bestehende Sicherheitsnetz im EU-Milchmarkt reicht nicht aus, um bei einer Krise den Milchmarkt zu stabilisieren. Stark schwankende und vor allem sehr geringe Erzeugerpreise können dadurch nicht vermieden werden. Das gefährdet zunehmend die Existenz von Milch produzierenden Betrieben, egal ob groß oder klein. Die momentane Situation wird durch den mehrheitlich gewollten Ausstieg aus der Milchquote im Frühjahr 2015 verschärft, da die ineffektive Milchquote nicht durch ein anderes Mengenregulierungssystem ersetzt wurde.

Eine absolute Stabilisierung von Milchpreisen ist weder machbar noch wünschenswert. Existenz gefährdende Niedrigpreisphasen, die den Strukturwandel in der Milchbranche weiter antreiben, müssen jedoch durch geeignete Instrumente abgepuffert werden. Gerade die Bundesrepublik Deutschland, die sich auf EU-Ebene vehement für das Ende der Milchquote und weitere Liberalisierungen des Milchmarktes eingesetzt hat, ist hierbei in der Pflicht.

Zudem darf der von den Molkereien und dem Lebensmittelhandel geführte Preiskampf nicht auf dem Rücken der Landwirtinnen und Landwirte ausgetragen werden.

Das betrifft sowohl kleine bäuerliche Milchviehbetriebe als auch große Agrargenossenschaften. Beide benötigen kostendeckende Erzeugerpreise, die ihnen momentan von den wenigen großen Konzernen, die den Agrarmarkt dominieren, nicht zugestanden werden. Genauso wenig darf das europäische Problem sinkender Milchpreise durch Exporterstattungen ausgelagert und zum Problem von Milcherzeugerinnen und Milcherzeugern in Drittstaaten gemacht werden, die mit billigem Milchpulver aus der EU nicht konkurrieren können. Auch das Erschließen von weiteren Exportmärkten ist keine Lösung – die Entwicklungen der letzten Jahre sollten uns hier eine Lehre sein.

Die Bundesregierung ist gefordert, ein aktives Milchmarkt-Krisenmanagement zu betreiben.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich auf EU-Ebene für Sofortmaßnahmen und wirksame Maßnahmen zur langfristigen Stabilisierung des Milchmarktes einzusetzen. Dafür sind das bisherige Sicherheitsnetz im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik weiterzuentwickeln und
 - a) Milchviehbetriebe, die ihre Milcherzeugung um 5-20 Prozent drosseln, für einen befristeten Zeitraum mit Bonuszahlungen zu entschädigen, um kurzfristig die Angebotsmenge auf dem Markt zu reduzieren,
 - b) für die Finanzierung dieser Bonuszahlungen die Mittel aus der Superabgabe zu verwenden, die 2014/2015 für die Überlieferung der Quotenmenge gezahlt wurden,
 - c) für den befristeten Zeitraum eine Abgabe für die Erzeuger einzuführen, die ihre Erzeugung um fünf Prozent oder mehr erhöht, um eine gegenläufige Ausdehnung der Erzeugung zu vermeiden (Trittbrettfahreneffekt),
 - d) bei der EU-Marktbeobachtungsstelle ein effizientes Frühwarnsystem zu etablieren, um sich anbahnende Marktkrisen rechtzeitig zu erkennen und Krisenmanagementmaßnahmen einleiten zu können,
 - e) ein Marktverantwortungsprogramm, welches verschiedene Instrumente der flexiblen Mengensteuerung beinhaltet, gemeinsam mit Milcherzeugerinnen und Milcherzeugern, Molkereien, Wissenschaft und Verbraucherverbänden zu entwickeln und einzuführen,
 - f) Exporterstattungen auf Grund ihrer negativen Effekte auf die Märkte von Staaten des globalen Südens endgültig abzuschaffen;
2. auf nationaler Ebene folgende Maßnahmen einzuleiten:
 - a) für ein Unterstützungsprogramm für grünlandgebundene Milchviehhaltung 50 Mio. Euro bereitzustellen, mit denen, gekoppelt an eine maximale Besatzdichte von zwei Großvieheinheiten pro Hektar Grünland und Sommerweidehaltung, insbesondere kleine und mittlere Milchviehhalterinnen und Milchviehhalter unterstützt werden,
 - b) gemeinsam mit Milcherzeugerinnen und -erzeugern, Molkereien, Wissenschaft und Lebensmittelhandel sind neue Kriseninstrumente zu entwickeln,
 - c) rechtlich abzusichern, dass die durchschnittlichen Erzeugerkosten als nicht zu unterschreitender Basispreis für Vertragsverhandlungen mit den Molkereien vorgeschrieben werden,
 - d) die Andienungspflicht im Molkereiwesen aufzuheben und durch Regelungen zu ersetzen, welche die Abnahme von Milch von auch entlegenen, kleinen Betrieben durch Molkereien sicherstellt,

- e) die Erzeugerseite gegenüber den Molkereien und dem Handel zu stärken und das bestehende Machtgefälle zu reduzieren. Weitere Konzentrationen des Lebensmitteleinzelhandels sind zu verhindern. Das Kartell- und Wettbewerbsrecht sind dafür zu überprüfen.

Berlin, den 30. September 2015

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Katrin Göring-Eckhardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

2013 und 2014 waren nach Angaben des Milch-Industrie-Verbandes „Rekordjahre für die deutsche Milchwirtschaft“. Doch bereits im Jahr 2015 durchlaufen die Milchbäuerinnen und Milchbauern wieder ein tiefes Tal. Sie durchleben bereits die dritte Krise innerhalb von sechs Jahren. Die Erzeugerpreise sind um 30 Prozent gefallen. Im Juli 2015 betrug er im Bundesdurchschnitt rund 29 Cent je Kilogramm. Wann die Preise wieder kostendeckend sein werden, ist nicht absehbar.

Im Vorfeld des Milchquotenendes im Frühjahr 2015 kam es in den beiden Vorjahren zu massiven Ausweitungen der EU-Milchproduktion. 2014 betrug der Zuwachs sechs Millionen Tonnen Milch (plus fünf Prozent). Die Binnennachfrage blieb jedoch nahezu unverändert. Nur ein Drittel der Mehrproduktion wurde vom globalen Milchmarkt aufgenommen. Im April 2015 betrug der in Deutschland ausgezahlte Erzeugerpreis 29,7 Cent, im Dezember 2013 waren es noch 41,6 Cent je Kilogramm. Die Vollkosten zur Milcherzeugung werden bei ca. 43 Cent gesehen (Landwirtschaftskammer Niedersachsen). Der „Bundesverband Deutscher Milchviehhalter“ (BDM) geht von 50 Cent aus.

Der BDM legte im Mai 2014 ein Konzept zum Umgang mit Milchkrisen vor. Er nennt dieses „Milchmarkt-Krisenmanagement-Konzept“, dessen zentraler Bestandteil ein „Marktverantwortungsprogramm“ ist. Letzteres beinhaltet ein dreistufiges Frühwarnsystem mit unterschiedlichen Instrumenten wie „private Lagerhaltung“, „Intervention“ oder „verbindliche Mengenreduktion“. In allen drei Stufen gibt es unterschiedlichen Formen der Milchmengenreduzierung, um damit die Milcherzeugerpreise wieder in den Griff zu bekommen.

Seit 1999 hat jeder zweite Milchviehbetrieb in der Bundesrepublik Deutschland aufgegeben. Das ist kein Zufall, sondern zentraler Teil einer Agrarpolitik, die sich am Dogma des „Wachsen oder Weichen“ orientiert. Maßgebend sind hierbei nicht die regionalen oder nationalen Bedürfnisse, sondern die Absatzmöglichkeiten durch weltweite Exporte.

